

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Benjamin Strasser, Till Mansmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/24322 –**

Mittelbare Finanzierung antisemitischer palästinensischer Schulbücher durch nationale und europäische Haushaltsmittel

Vorbemerkung der Fragesteller

Wie aus Studien internationaler Forschungsinstitute (https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/PA-Reports_-Combined-Selected-Examples_2019-20.pdf) sowie aus einem aktuellen Medienbericht über einen offenen Brief von Mitgliedern des Europäischen Parlaments hervorgeht (<https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/schulbuecher-rufen-zu-terroranschlaegen-auf-wie-deutschland-antisemitismus-mitfinanziert/26262170.html>), wird in palästinensischen Schulmaterialien weiterhin Antisemitismus und Hass gegen Israel geschürt. Nachdem in der Vergangenheit bereits wiederholt derartige Missstände in der palästinensischen Bildungspolitik an die Öffentlichkeit gelangt sind (vgl. https://www.deutschlandfunkkultur.de/palaestinensische-schulbuecher-w-o-israel-nicht-existiert.1079.de.html?dram:article_id=390014), geben die jüngsten Erkenntnisse nach Ansicht der Fragesteller erneut Anlass zu großer Sorge.

Ausweislich der o. g. Studie wird beispielsweise in den Sozialstudien gelehrt, Israelis hätten palästinensische Gebiete gezielt mit radioaktivem Material verseucht (Impact-SE-Bericht, a. a. O., S. 17); in den Sprachen werden Gedichte behandelt, die zu Vergeltungsschlägen gegen Israelis aufrufen (ebd., S. 8) und in den Naturwissenschaften wird Newtons Gesetz mit dem Spannen einer Steinschleuder gegen Israelis erklärt (ebd., S. 7). Sollten sich diese Berichte bestätigen, wäre dies gänzlich inakzeptabel.

Gerade in der Schulzeit stehen Schülerinnen und Schüler typischerweise einer Beeinflussung besonders schutzlos gegenüber. Hass und Vorurteile könnten so über Jahrzehnte zementiert werden. Weder deutsche Steuermittel noch deutsche Beiträge an die palästinensischen Behörden dürfen dafür verwendet werden, Antisemitismus und Hass gegen Israel zu fördern.

Die Bundesregierung muss nach Ansicht der Fragesteller darlegen, was sie konkret tut, um diesem Verdacht nachzugehen und für den Fall seiner Erhärtung Maßnahmen ergreifen. Dies gilt umso mehr, als dass der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas angekündigt hatte, den Kampf gegen Antisemitismus zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zu machen (https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infolin

e_nt/schlaglichter_nt/article193337503/Maas-Fokus-auf-Kampf-gegen-Antisemitismus.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit Bezug auf die Überschrift dieser Kleinen Anfrage weist die Bundesregierung darauf hin, dass sie weder unmittelbar noch mittelbar palästinensische Schulbücher finanziert.

Die in der Vorbemerkung der Fragesteller zitierten Studien und Medienberichte beziehen sich auf Veröffentlichungen der israelischen Organisation Impact-SE. Vergleichende wissenschaftliche Studien zu israelischen und palästinensischen Schulbüchern haben 2003 das Georg-Eckert Institut in Braunschweig und 2013 das Council of Religious Institutions of the Holy Land vorgelegt. Deren Ergebnisse decken sich nicht mit den Aussagen der Organisation Impact-SE. Da die beiden wissenschaftlichen Studien älteren Datums sind und das palästinensische Bildungsministerium ab 2017 neue Schulbücher entwickelt hat, hat die EU im September 2019 das Georg-Eckert Institut mit einer umfassenden, wissenschaftlichen Untersuchung palästinensischer Schulbücher und Lehrpläne beauftragt. Der Abschlussbericht wird für Anfang 2021 erwartet.

1. Stellt die Bundesregierung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) finanzielle Mittel im Bereich Bildung (un)mittelbar zur Verfügung?

Wenn ja, in welcher Höhe, und wofür werden diese genau verwendet?

Wenn ja, wie wird die Verwendung dieser Mittel kontrolliert?

Die Bundesregierung beteiligt sich gemeinsam mit Finnland, Irland und Norwegen an einer Korbfinanzierung zur Unterstützung des Bildungssektors in den Palästinensischen Gebieten. Hierbei handelt es sich um eine programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung. Die letzte Zusage i. H. v. 25 Mio. Euro wurde am 27. September 2018 durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gebilligt. Gegenstand der Korbfinanzierung ist zum weit überwiegenden Teil die Finanzierung von Bildungsinfrastruktur, v. a. der Bau und die Sanierung von Schulen. Zusätzlich werden die Verbesserung des Bildungszugangs, z. B. durch Schultransporte sowie die Verbesserung der Bildungsqualität, z. B. durch schülerzentriertes Lernen, Förderung kritischen Denkens und die Abkehr vom Frontalunterricht, unterstützt. Explizit ausgeschlossen ist die Finanzierung von Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Schulbüchern mit Mitteln des Bildungskorbes.

Das palästinensische Bildungsministerium legt den Bildungskorbgebern jährlich einen detaillierten Budgetplan mit sämtlichen Aktivitäten, die aus Mitteln des Korbes im Folgejahr finanziert werden sollen, zur Genehmigung vor. Das palästinensische Bildungsministerium dokumentiert die Abrechnung der im Rahmen des Bildungskorbes finanzierten Aktivitäten in vierteljährlichen Finanzberichten, die von den Korbgebern geprüft und auf deren Grundlage die Kosten für erbrachte Leistungen erstattet werden. Darüber hinaus finden jährliche Audits der Finanzberichte und der zugrunde liegenden Verfahren durch externe Wirtschaftsprüfer statt.

2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Verwendung von EU-Mitteln für die angeführten Schulmaterialien?

Nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt sich die EU in den Palästinensischen Gebieten nicht an der Finanzierung von Schulbüchern.

3. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, dass entsprechende Schulmaterialien auch aus anderen Quellen, wie beispielsweise durch andere Staaten, finanziert werden, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat sie?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von einer Finanzierung palästinensischer Schulbücher durch andere Staaten.

4. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den angeführten wissenschaftlichen Studien und Medienberichten mit Blick auf die Förderung der Schulmaterialien durch Mittel der Europäischen Union?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

5. Hat die Bundesregierung bislang etwas unternommen, um eine mögliche Verwendung von EU-Mitteln für die angeführten Schulmaterialien zu unterbinden, und wenn ja, was?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

6. Aus welchen Gründen ist nach Auffassung der Bundesregierung trotz bestehender Förderleistungen der EU an die palästinensischen Gebiete und zahlreicher Berichte in der Vergangenheit über die angeführten Missstände bislang keine Verbesserung des Zustandes ersichtlich?

Obwohl Berichte von Nichtregierungsorganisationen und Medien zu einzelnen problematischen Beispielen bekannt sind, kamen wissenschaftliche Untersuchungen bisher nicht zu dem Ergebnis, dass palästinensische Schulbücher systematisch zu Hass und Gewalt aufriefen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

7. Hält die Bundesregierung es für erforderlich, die mögliche EU-Förderung für die angeführten Schulmaterialien einzustellen, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative auf EU-Ebene ergreifen?

Wenn nein, welche alternativen Maßnahmen plant die Bundesregierung, sollte eine Verwendung von EU-Mitteln für die angeführten Materialien nicht unterbleiben?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

8. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dieser Causa für die künftige Kooperation mit der Palästinensischen Autonomiebehörde?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

Die Bundesregierung wird die Ergebnisse der Studie des Georg-Eckert Instituts sorgfältig prüfen, auf dieser Grundlage den Dialog mit dem palästinensischen Bildungsministerium sowie anderen Gebern fortsetzen und künftige Unterstützungsentscheidungen treffen.

